Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 89. Mittwoch den 30. März 1887. 81. Jahrgang.

## Zur gefälligen Beachtung.

Um bei Ausgabe der Legitimationskarten zum Abholen des Tageblattes beim Quartalwechsel den Andrang möglichst zu beschränken, haben wir die Einrichtung getroffen, daß

**Karte und Rechnung bereits von heute an**

in Empfang genommen werden können.

**Expedition des Leipziger Tageblattes.**

## Amtlicher Theil.

### Bekanntmachung.

Verloren gegangen sind die nachstehend verzeichneten Arbeitsbücher:

1) Für die am 6. November 1868 hier geborene **Anna Winkler**, von uns im Jahre 1886 unter 79 ausgestellt;
2) für den am 4. Mai 1867 zu Crimmitschau i. S. geborenen Photographen **Emil Gustav Voigt**, von uns im Jahre 1883 unter 568 ausgestellt;
3) für den am 10. August 1866 zu Großstädteln geborenen Arbeiter **Friedrich Bernhard Lehmann**, von uns im Jahre 1882 unter 129 ausgestellt;
4) für die am 1. Mai 1871 geborene **Marie Emma Klemming**, von uns im Jahre 1886 unter 146 ausgestellt;
5) für den am 14. October 1868 zu Gohlis geborenen Handarbeiter **Wilhelm Hermann Winkler**, von uns im Jahre 1883 unter 908 ausgestellt und
6) für den am 8. Juni 1869 zu Erfurt geborenen Lackirer **Carl Hermann Häbnert**, zu Erfurt im Jahre 1883 ausgestellt.

Wir bitten, diese Arbeitsbücher im Auffindungsfalle außer, Ostmarkt 3, 2. Etage, Zimmer 115 (Stadthaus) abzuliefern.

Leipzig, den 19. März 1887.

VI. 1067. 1082. 1181. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
1182. 1238. 1277. Dr. Georgi. Neuhel.

### Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß sich die dem Kaufmann

Herrn **Theodor Reiner** aus **Hamburg**

unter dem 10. Juli 1886 ertheilte Concession zur gewerbsmäßigen Beförderung von Auswanderern nach überseeischen Häfen und Abschließung von Schiffscontracten im Auftrage des concessionirten Auswanderer-Expedienten M. Otto W. Müller in Hamburg als Generalvertreter der White-Star-, sowie der Beaver-Linie Liverpool durch Verzichtleistung Reiner's erledigt hat und ihm dagegen, nachdem er die ihm ertheilte Vocationsbestätigung nachgewiesen hat, Concession ertheilt worden ist, daß er im Auftrage des Herrn **J. A. H. Cornelsen** in Hamburg Ueberfahrtsverträge mit Passagieren und Auswanderern behufs Beförderung derselben nach fremden Welttheilen über West-Hartlepool und Liverpool abschließe.

Leipzig, den 24. März 1887.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
VI. 1273. Dr. Georgi. Fröhlich.

### Ausschreibung.

Die Lieferung der **Granitarbeiten** zur Herstellung der Terrasse um den **Mendebrunnen** auf dem Augustusplatze hierselbst soll vergeben werden.

Bedingungen, Arbeitsverzeichnisse und Zeichnungen können im Rathsbauamt, Hochbauverwaltung, Rathhaus, II. Obergeschoß, eingesehen, bez. von da bezogen werden.

Die Gebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:

**„Granitarbeiten — Mendebrunnen"**

bis zum 7. April cr., Vormittags 10 Uhr, an oben bezeichneter Stelle frankirt einzureichen. Der Rath behält sich die Auswahl unter den Bewerbern oder die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 28. März 1887.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Grimmuth, Ass.

### Königliche Baugewerkenschule.

Die **Ausstellung der Schülerarbeiten** findet
**Mittwoch, am 30. März,** von 9—5 Uhr,
**Donnerstag, am 31. März,** von 9—11 und 12—1 Uhr,
im Schullocale, Nicolaikirchplatz Nr. 12 u. 13, statt.
Am **31. März werden um 11 Uhr die Schüler entlassen.**
Die Angehörigen der Schüler, sowie Freunde und Gönner der Anstalt werden hierzu ergebenst eingeladen.

**Das Lehrercollegium.**

Leipzig, den 27. März 1887.

### Städtische Fortbildungsschule für Mädchen.

Freitag, den 1. April, von 10—12 Uhr und von 2—5 Uhr, und Sonnabend, den 2. April, von 9—12 und von 2—6 Uhr, werden in der 1. und 2. Etage der Städt. Fortbildungsschule für Mädchen, Thomaskirchhof 24, die **Handarbeiten und Zeichnungen der Schülerinnen,** sowie die **Arbeiten der Kindergartenabtheilung** ausgestellt sein.

Zur Besichtigung dieser Ausstellung ladet ergebenst ein
Leipzig, den 30. März 1887. **Reimer, Director.**

### Versteigerung.

**Freitag den 1. April, Vormittags 9 Uhr,** werden im Postgebäude am Augustusplatz (Eingang Poststraße, 3 Treppen links) verschiedene aus unbestellbaren Postsendungen entnommene, sowie in Postwagen ꝛc. aufgefundene Gegenstände, u. A. alte Kleidungsstücke, Regenschirme ꝛc., gegen sofortige Bezahlung öffentlich versteigert.

Auch kommen einige bei Postunfällen ausgemusterte Gestellschalen, als: Briefkasten, Aktentaschen, Eisengewichte, Brücken- und Schalenwagen, Lampen, zum Verkauf.

Leipzig, 28. März 1887.

**Der Kaiserliche Ober-Postdirector.**
**Wolter.** B.

## Nichtamtlicher Theil.

### Rückblick auf die erste Session des Reichstages.

Der Reichstag ist am 28. März, nachdem er in 25 Tagen 16 Sitzungen gehalten hatte, bis zum 19. April vertagt worden. In dieser Zeit ist verhältnißmäßig viel geleistet worden: das Septennatsgesetz und der Etat sind endgiltig angenommen worden, und alle sonstigen Vorlagen, wie die Gesetzentwürfe über die Versicherung der Seeleute und Bauarbeiter, über den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen und mit Kunstbutter, über die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfindenden Gerichtssitzungen, endlich die Anträge der Abgeordneten Hitze und Lohren über Abänderung der Gewerbeordnung, sind Commissionen zur Vorberathung überwiesen, nebensächliche Angelegenheiten, wie der Handelsvertrag mit Serbien, sind durch Annahme erledigt.

Als durchgehender Hauptunterschied zwischen den Verhandlungen des aufgelösten und des neugewählten Reichstages ist die Ruhe und Sachlichkeit der letzteren im Gegensatz zu der Gereiztheit und Persönlichkeit der ersteren hervorzuheben. Die Mehrheit des am 28. October 1884 gewählten Reichstages hat den verbündeten Regierungen fortdauernden systematischen Widerstand entgegengesetzt und sie keinen Augenblick darüber im Unklaren gelassen, daß sie ihre eigentliche Aufgabe in der absolutistischen Beurtheilung aller Regierungsvorlagen erblicke. Was sie bewilligt hat, ist nur zur Vermeidung der Auflösung und der gänzlichen Lahmlegung der Regierungsthätigkeit geschehen, und auch das wäre nicht erreicht worden, wenn sich nicht Männer gefunden hätten, welche wie bei der Verlängerung des Socialistengesetzes der Fractionstyrannei getrotzt hätten. Die Reichstagsverhandlungen waren schließlich so unerquicklich geworden, daß sie im Volke überwiegend Widerwillen erregten, und daß sich überall Zufriedenheit dem Streben gegenüber zeigte, die Thätigkeit des Reichstages auf das äußerste Maß einzuschränken. Wir brauchen nur an die Verweigerung der zweiten Directorstelle im Auswärtigen Amt und an die Resolution in Sachen der Polenausweisungen, ferner an die Berathungen über die Postdampfersubventionen und die Colonialpolitik zu erinnern, um das Gefühl der Freude darüber zum allgemeinen Bewußtsein zu bringen, daß wir heute einen Reichstag haben, welcher Verständniß für die Bedürfnisse des ganzen Reiches hat, der darauf verzichtet, dem Reichszwecke zuwiderlaufende Bestrebungen zu unterstützen und Declamationen über Urrechte von ernsten, die Gesammtwohlfahrt betreffender Berathungen und Beschlüssen zu bevorzugen. Daß ein Zustand, in welchem jeder Staatsbürger von seinen Renten lebt und womöglich keine Steuern zahlt, angenehmer ist als der thatsächliche Zustand, das brauchen uns die Deutschfreisinnigen und die Herren vom Centrum nicht zu sagen; da wir aber bekanntlich nicht im goldenen, sondern im Zeitalter des Kampfes ums Dasein leben, so ist es grundlos, dem kleinen Mann goldene Berge zu versprechen, während es doch unumgänglich nöthig ist, daß er harte Lasten auf seine Schultern nimmt. Das Schlimmste ist, die falsche Vorstellung zu erwecken, daß die verbündeten Regierungen die Rechte des Volkes zu Gunsten bevorzugter Classen schädigen wollen. Ein solches Streben hat niemals bestanden, der Streitpunct ist allein der, ob das indirecte Steuersystem vor dem directen, ob der Freihandel vor dem Schutzzoll den Vorzug verdient. Der Streit ist also kein Kampf der Vertreter des Volkswohls gegen die Unterdrücker des Volkes, wie es die Herren Deutschfreisinnigen immer darzustellen belieben, sondern es ist ein rein theoretischer Streit, ob das eine oder das andere System das bessere ist. Es ist nothwendig, diese Thatsache stets im Auge zu behalten, um nicht zu ganz falschen und verkehrten Darstellungen zu gelangen.

Die angeblichen Verfechter der Volksrechte, die Deutschfreisinnigen, haben die Sache während des Wahlkampfes so dargestellt, als ob das Septennat nur der Vorwand sei, um einen gefügigen Reichstag zu bekommen, die eigentliche Absicht sei darauf gerichtet, das allgemeine Wahlrecht abzuschaffen und den Monopolen die Annahme zu sichern. Die Thronrede bei Eröffnung des Reichstages hat dagegen angekündigt, daß neben der Annahme des Septennats und der rechtzeitigen Feststellung des Etats die Hauptaufgabe des neuen Reichstages sein werde, eine gerechte Vertheilung der Steuern zur Deckung der nothwendigen Reichsausgaben zu ergielen. Der neue Reichstag ist zwar kaum vier Wochen beisammen, aber so viel ist doch schon heute klar, daß die Steuerpolitik nicht auf die Wiederaufnahme der Bemühungen zur Durchdrückung der Monopole gerichtet ist, sondern daß die verbündeten Regierungen die Lösung der Steuerfrage auf dem Wege suchen, welcher von der Mehrheit des aufgelösten Reichstages angedeutet worden ist: durch die Reform der Zucker- und Branntweinsteuer. Und was das Aergerlichste für die frühere Opposition ist, sie ist gar nicht in der Lage, einen abweichenden Standpunct von der gegenwärtigen Mehrheit des Reichstages zur Geltung zu bringen, denn diese ist selbst bemüht, eine Verständigung auf den von den verbündeten Regierungen eingeschlagenen Wegen zu erzielen, es ist also bereits der Beweis erbracht, daß die Wahlagitation der deutschfreisinnigen Partei auf Täuschung, vielleicht auf Selbsttäuschung beruhte.

Aber auch die kurze Spanne Zeit von 25 Tagen, während welcher der neugewählte Reichstag getagt hat, ist von der deutschfreisinnig-clericalen Opposition nicht unbenutzt gelassen worden, um in der bisher gewohnten Weise fortzuwirthschaften. Der erste Schlag, welchen die Herren Richter und Windthorst gegen die verbündeten Regierungen führten, war der Einspruch gegen die Berufung des Reichstages vor Feststellung des Ergebnisses der Stichwahlen. Herr v. Bötticher hat darauf mit dem Hinweise auf die Verfassung geantwortet, welche eine Vorschrift im Sinne der Herren Richter und Windthorst nicht kennt, und andererseits hat er auf den viel wichtigeren Zweck aufmerksam gemacht, daß der Reichshaushaltsetat rechtzeitig zu Stande kommt, und daß die Zustimmung zum Septennat die Sicherstellung des Reiches gegen auswärtige Angriffe nicht gefährde. Gegen diese wichtigen Gründe für die Einberufung des Reichstages haben die Herren von der Opposition nichts Stichhaltiges vorzubringen vermocht, der Verlauf der ersten Session des Reichstages vom 21. Februar hat aber gezeigt, daß der Einberufungstermin rechtzeitig festgesetzt war, denn der Etat ist erst drei Tage vor dem 1. April in dritter Lesung endgiltig zu Stande gekommen, obwohl keinerlei Verschleppung stattgefunden hat.

Ziehen wir die Summe der 16 Reichstagssitzungen, welche bisher stattgefunden haben, so ist ersichtlich, daß der neue Zustand vor dem überwundenen bei Weitem den Vorzug verdient. In dem neuen Reichstage wird nicht so viel geredet wie in dem verflossenen, aber es kommt mehr zu Stande und zwar nicht etwa deshalb, weil der Reichstag jetzt zu einer Jasage-Maschine herabgesetzt wäre, sondern weil die Mehrheit mit den verbündeten Regierungen über die nationalen Hauptziele der Reichsverwaltung einig ist. In allen Fragen, in welchen es sich um specielle Kenntniß der einschlägigen Verhältnisse handelt, wie in Zoll- und Steuerfragen, ist sich die neue Mehrheit ebenso sehr der Pflicht eingehender Prüfung bewußt wie die des aufgelösten Reichstages und wird danach handeln. Der deutsche Reichstag darf aber nicht das Bild nationalen Haders nach außen hin gewähren. Das deutsche Reich und seine Vertretung muß stets seine Würde den feindlichen Bestrebungen des Auslandes gegenüber bewahren, es muß auch den antinationalen Wünschen im Reiche selbst kräftig und entschieden entgegentreten, es muß das deutsche Banner auf der ganzen Erde hochhalten und der Revolution einen unübersteigbaren Damm entgegensetzen. Nach allen diesen Richtungen wird der neue Reichstag zu wirken vollauf Gelegenheit haben, und er wird dies um so ungehinderter thun können, weil das Haupthinderniß für die gedeihliche Entwickelung des Reiches, der Streit zwischen Staat und Kirche, jetzt aus dem Wege geräumt ist. Die Revision der Maigesetze ist in einem dem Papste genehmen Sinne in Preußen erfolgt, und voraussichtlich wird der den Schlußstein in dem Friedenswerke bildende Gesetzentwurf alsbald die Zustimmung des preußischen Landtages erhalten. Von da an ist der Widerstand Windthorst's und seiner Hintermänner nicht mehr ernst zu nehmen.

### Leipzig, 30. März 1887.

* Gegenüber einer angeblich Berliner Correspondenz des Pariser „Figaro", nach welcher die Betheiligung Deutschlands an der internationalen Ausstellung in Paris im Jahre 1889 in sicherer Aussicht stünde, können die officiösen Berliner „Politischen Nachrichten" die Mittheilung, daß weder für die deutsche Industrie, noch für die deutsche Kunst eine Betheiligung ins Auge gefaßt ist, voll und ganz aufrecht halten. Was aber die Meinung der „République française" betrifft, wonach die deutsche Regierung den diesseitigen Handels- und Gewerbetreibenden wahrscheinlich volle Freiheit lassen werde, sich auf ihr eigenes Risico an der Ausstellung zu betheiligen, so wird versichert, daß unsere Industriellen keinerlei Neigung verspüren, auf eigene Hand an der Pariser Ausstellung theilzunehmen.

* Die bereits telegraphisch signalisirte Besprechung des Berliner Vertreters der „Kölnischen Zeitung" mit dem Abgesandten des Papstes Monsignore Galimberti hat folgenden Wortlaut:

Im Verlauf einer längeren Unterredung, die ich heute mit dem päpstlichen Abgesandten Monsignore Galimberti hatte, wurde ich von demselben ermächtigt, die Erklärung zu veröffentlichen, daß nach Ansicht des heiligen Stuhles mit der Annahme der jetzigen kirchenpolitischen Novelle die Beendigung des Culturkampfes und der endgiltige Abschluß des Friedens zwischen der Curie und der preußischen Regierung sich vollziehe. Durch die neuen Gesetze seien der katholischen Kirche in Preußen alle wesentlichen Bestimmungen zugestanden, die für die Freiheit und Unabhängigkeit und die Verfassung der Kirche nothwendige Voraussetzungen seien. Selbstredend sei damit nicht gesagt, daß nunmehr durch die Gesetzgebung auch sämmtliche kleinere Wünsche erfüllt wären, die für die Entwickelung der kirchlichen Interessen zu hegen seien. Nicht einmal in katholischen Ländern, wie in Belgien, Frankreich u. s. w., seien alle solche Wünsche erfüllt. Aber die Hauptsache sei, daß alle wichtigen und grundlegenden Puncte der Kirche eingeräumt seien — sogar in höherem Grade, als man habe erwarten können —, daß damit auch der Grund zur gegenseitigen Beunruhigung weggefallen sei und daß für alle weiteren Fortschritte, die sich zu Gunsten der Kirche entwickeln könnten, nicht mehr der Weg des gegenseitigen Ringens, sondern der freundlichen diplomatischen Verständigung sich ergebe. Diese neue Lage werde sich auch hoffentlich bald bei den Vertretern der kirchlichen Rechte im Landtage und in der Presse geltend machen. Denn es sei naturgemäß, daß die Erfüllung aller solchen kleineren Wünsche, wie er sie im Sinne habe, sich um so länger verzögern werde, je länger sich die Gestaltung eines freundlichen Verhältnisses zwischen Centrum und Regierung verzögere. Herr Galimberti erklärte wiederholt an, daß die Beziehungen zwischen dem Vatican und der preußischen Regierung die allerbesten seien, wie schon die Thatsache seiner Entsendung zur Feier des neunzigsten Geburtstages Kaiser Wilhelms bewiese. Die preußische Regierung sei auf Grund der erzielten gegenseitigen Verständigung und des wechselseitigen Vertrauens ebenso loyal verfahren, und der päpstliche Stuhl hege auch das Vertrauen, daß dieses freundschaftliche Zusammengehen von Dauer sein werde. Herr Galimberti hat während seines hiesigen Aufenthalts wiederholt Gelegenheit gehabt, mit den Führern des Centrums eingehend die gegenwärtige kirchenpolitische Lage zu besprechen und ihnen die Auffassung des heiligen Stuhles darzulegen. So bleibt zu hoffen, daß der feierliche Anlaß, der ihn hierhergeführt hat, auch dazu dienen wird, den innern Frieden in unserem Vaterlande zu fördern und zu erneuern. Heute Abend setzt Monsignore Galimberti, der hier in allen Kreisen eine überaus liebenswürdige und entgegenkommende Aufnahme gefunden hat, nach Rom zurück.

* Die Mittheilung eines Berliner Blattes, Herr von Radowitz sei zum Nachfolger des Herrn von Kendell auf dem Botschafterposten im Quirinal designirt, wird officiös als unzutreffend bezeichnet.

* Am Sonnabend ist das braunschweigische Infanterie-Regiment Nr. 92 in die Stadt Braunschweig eingezogen und von Behörden und Bevölkerung feierlich empfangen worden. Der Prinz-Regent, Prinz Albrecht von Preußen, hielt dabei folgende Ansprache:

Kameraden! Ich bin hierher gekommen, um das Regiment zu begrüßen, nachdem es seinen heimischen Boden wieder betreten hat, und bevor es seinen Einzug in die von Stadt und Land Braunschweig geschmückte alte, jetzt wieder neue Garnison hält! Das Regiment blickt zurück in diesen Tagen auf eine Abjährige Vergangenheit, auf seine Errichtung auf böhmischem Boden, seinen siegreichen Kampf vor den Thoren dieser Stadt, den heldenmüthigen Feldzug in Spanien und nach fast ununterbrochener Feindesnähe auf seine glorreichen Kämpfe vor Metz und weiter nach Frankreich hinein! Von Euren bisherigen Vorgesetzten seid Ihr mir als gutes Regiment gelobt worden. Ein Zeichen, daß der alte Wahrspruch bei Euch fortgewaltet hat: „Was Du ererbt von Deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen." Nun wollen wir gemeinsam unserem Dank Ausdruck geben Dem, dem das Regiment seine Rückkehr verdankt, Seiner Majestät dem Kaiser! Denn er war es, der, noch ehe ich diesen meinen lebhaften Wunsch aussprechen konnte, allerhöchst die Initiative ergriff und seine Absicht in dieser Richtung mir aussprach. (Unter patriotischem Gemurmel.) Seine Majestät der Kaiser, unser erhabener Kriegsherr, Hurrah! Hurrah! Hurrah!

* * *

* Die Schweiz hat definitiv ihre Theilnahme an der Pariser Weltausstellung von 1889 erklärt.

* Die türkische Regierung hat angeblich die Meldung empfangen, daß der Fürst von Montenegro sich anschicke, eine Demonstration gegen Oesterreich und die Türkei vorzunehmen, um Verwickelungen in Macedonien herbeizuführen.

* Die Gegner der irischen Zwangsbill haben am Sonnabend im englischen Unterhause ihre erste parlamentarische Schlacht glänzend verloren, indem das Amendement Morley, welches den Einschub einer Enquete und einer Debatte über die Agrarverhältnisse vor der Verhandlung über die beantragten Zwangsmaßregeln verschlug, mit 349 gegen 260 Stimmen abgelehnt wurde. Diese Niederlage der Opposition trifft in voller Wucht den ganz und gar zum Schleppträger des Parnellitenthums gewordenen ehemaligen Führer des englischen Gesammtliberalismus, Mr. Gladstone, der sich systematisch den Anforderungen der Zeit verschließt und sich so zum Todtengräber seines ehemaligen staatsmännischen Einflusses macht. Heute sind die politisch in Betracht kommenden und als Grundlage einer neuen liberalen Partei brauchbaren Bestandtheile des früheren Gladstone'schen Anhangs definitiv von ihrem alten Führer abgefallen und ins gouvernementale Lager übergegangen, zwar nicht bedingungslos, aber doch mit der vollen Ueberzeugung, daß sie nur in Ablehr von Gladstone ihren vaterländischen Pflichten gerecht zu werden vermögen. Gladstone seinerseits bestreitet der Mehrheit offen und rückhaltlos das Recht, der Minderheit ihren Willen aufzuerlegen, eine ebenso einfache, als mit der parlamentarischen Gepflogenheit in Widerspruch stehende Praxis, die aber von den Radicalen überall da befolgt wird, wo sie in die Minderheit gerathen. Während nun die englische Unterhausmehrheit dafür hält, daß vor Allem das Verbrechen und der Terrorismus der Mondscheiner unterdrückt werden müsse, ehe man an das eigentliche Reformwerk gehen könne, heißt sich die Minderheit gerade auf das Gegentheil. In diesem Puncte haben aber, wie gesagt, die Obstructionisten eine entschiedene Niederlage erlitten. Nach parlamentarischem Brauch müßte nun die Minderheit sich dem Verdict der Mehrheit fügen. Das fällt aber Herrn Gladstone und seinen Freunden nicht entfernt ein; sie stellen sich vielmehr auf den Standpunct, nach wie vor Alles zu mißbilligen und zu bekämpfen, was geeignet sein könnte, der Autorität des Gesetzes in Irland Nachachtung zu verschaffen. Das heißt mit andern Worten, Herr Gladstone wird sich hinfort an die Spitze der Obstruction stellen und Alles, was in seinen Kräften steht, thun, die parlamentarische Thätigkeit lahm zu legen. Der politische Fanatismus scheint in ihm das Gefühl für die nationale Wohlfahrt überwuchert zu haben. Der Kampf spielt sich somit auf ein Gebiet hinüber, das für den Parlamentarismus als solchen leicht verhängnißvoll werden kann, da schließlich doch nicht das Volk um der parlamentarischen Institutionen willen da ist, sondern das Gegentheil zutrifft.

### Colonialpolitisches.

* Durch Allerhöchste Ordre vom 27. März d. J. sind auf Grund des in der constituirenden Generalversammlung vom 28. Februar cr. beschlossenen Statuts der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft die Rechte einer juristischen Person verliehen worden. Zu den in §. 21 des Statuts der Ernennung des Reichskanzlers vorbehaltenen Mitgliedern des Directionsrathes sind der Wirkliche Geheime Rath Hobrecht, Professor und Geheimer Regierungsrath Dr. Neuleaux und aus dem Auswärtigen Amt der Wirkliche Legationsrath Dr. Kayser bestimmt. Zum Commissar der Aufsichtsbehörde ist Geheimer Legationsrath Dr. Krauel bestellt. Die erste constituirende Sitzung des Directionsrathes findet am 2. k. M. statt.

### Königl. sächsisches Cadettencorps.

In diesem Jahre begeht das königlich sächsische Cadettenhaus zu Dresden die zweihundertjährige Feier seiner Begründung. Ein einsichtsvoller hoher Beamter des Militairwesens, der Geheime Kriegsrath Bose hatte dem Kurfürsten Johann Georg III., einem guten Soldaten und bewährten Feldherrn, wiederholt vorgestellt, wie bei der fortschreitenden Kriegskunst, unter französischem und italienischem Einfluß, sich auch für Sachsen die Nothwendigkeit erginge, eine Anstalt für Ausbildung eines tüchtigen Officiercorps zu gründen, indem bisher die Artillerie nur noch zünftigen Einrichtungen verwendet wurde und die Officiere der Reiterei und Infanterie ohne alle Kenntniß des Militairwesens in die Regimenter eintraten und vielfach, jedes Patriotismus bar, heute dem und morgen jenem Fürsten dienten, wie es gerade ihr Vortheil mit sich brachte. Der Geheimrath Bose reichte im Anfang April des Jahres 1687 einen Entwurf ein, wie 60 junge Leute von Adel mit einem jährlichen Aufwande von 7000 Thalern in den Kriegswissenschaften unterrichtet werden könnten, und der Kurfürst beauftragte den Obersthaus- und Landzeugmeister Oberst von Kleugel, diesen Entwurf den damals gerade versammelten Landständen zu unterbreiten. Diese schlugen den Antrag rundweg ab; aber damit beruhigte sich der Kurfürst nicht. Er bestand auf seinem Plane, und so ließen sich die Landstände willig finden, jährlich sogar 25,000 meißnische Gulden zu bewilligen, welche Summe aber erst 1699 mit in den militairischen Ausgaben verrechnet wurde. Ausbedungen war, daß nur Landeskinder aufgenommen werden durften. Im Jahre 1725 wurde „Auf dem Sande" vor Neustadt-Dresden das vor einigen Jahren durch Uebersiedelung der Cadetten in einen Neubau verlassene Cadettenhaus errichtet. Die Ritter- und Militair-Akademie, wie das Institut genannt wurde, hatte eine vollauf militairische Einrichtung, bezog bei Gelegenheit die Schloßwachen und rückte mit ins Feld. Im Jahre 1756 kamen die Cadetten bei Pirna mit in preußische Gefangenschaft und wurden erst 1763 wieder organisirt. Ein Detachement Cadetten hatte bereits in den Jahren 1693 und 1694 den Feldzügen am Rheine beigewohnt und das ganze Corps in den Lagern bei Pillnitz 1725 und bei Zeithain 1730 mit der Armee campirt. Die alte Einrichtung fiel mit dem Jahre 1806. Damals bestand das Cadettencorps aus einem Capitain, einem Capitainlieutenant, einem Premierlieutenant, zwei Seconlieutenants, einem Fähndrich,